

FUI

Flüssiges Umwelt Info

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

Schwerpunkt: Wasser

35. BÖT in Halle - Studiproteste

Heraus zu Mobil ohne Auto 04

Internationale Bewegungen



Liebe Öko-Leute + ProtestlerInnen	3
BSÖ Preisausschreiben	3
Was läuft wo?	4
Termine	5

35. BundesÖkologieTreffen

BÖT in Halle	7 - 8
--------------	-------

Gefahren durch Konzerne

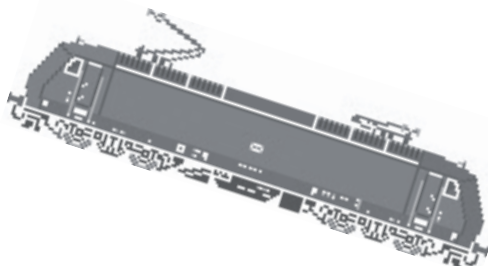
Kämpfer gegen den Konzern	10
Konzerne und Krieg	11 - 13

Gentechnik

Genmanipulation im BT	9
Pro-Gentec-Kampagne	14

Anti-Atom

Anti-Atom: Morsleben	15
Erklärung eines Anti-Atom-Aktivisten	16 - 19



Hochschulproteste	20
-------------------	----

Schwerpunkt: Wasser

21-59

Internationales

2. Europäisches Sozialforum	60-61
Umweltgipfel in Mailand	62
SOS ITOIZ	63

Verkehr

MoA 04: „nah - stadt - fern“	64-65
Autofreier Hochschultag 04	66
Mobilität in der Freizeit	67
Aktion 50/50	68
Unterschriftenliste Bahncard für die Hälfte	69

Tierrechte

Prozess gegen Voice-Magazin geht in die nächste Runde	70
---	----

BSÖ-News	71-73
Ratat-HUI	74-75
Literatur	76-77
Impressum, Abo-Coupon	78
Adressen	79

Liebe Öko-Leute und Streikende,

zum Jahresende, mitten in der ersten großen bundesweiten studentischen Streikwelle dieses neuen Jahrtausends, mußten wir uns doch bis in Schwabens ländle an einen ruhigen Ort am Schwäbischen Meer zurück ziehen, um das Euch jetzt vorliegende Megawerk auf die Beine stellen.

Zum Streikbeginn im neuen Jahr '04 erreicht Euch also dieses vom AK Wasser der BSÖ und vor allem von Nicole mit einem ganz und gar nicht überflüssigen Schwerpunkt **Wasser** versehene Streikausgabe des HochschulUmweltInfo-Magazin (FUI) 1/04

Wir wollen Euch an dieser Stelle nicht lange mit den Grausamkeiten der Wasserprofitheie nerven, sondern Euch angesichts der Gefahren gleich auf Seite 21 zur Einleitung des Wasserschwerpunktes weiterleiten.

Ein kurzer Streik-Spotlight befindet sich natürlich aber auch dann auf Seite: 20

Weitere einzelne Highlights herauszupicken fällt schwer, dazu konsultiert doch einfach die Gebrauchsanweisung, sprich das Inhaltsverzeichnis, gleich links nebenan.

Die BSÖ startet das Jahr gleich mit zwei neuen Initiativen:

- die Kampagne zur Bahncard auf Seite 45 und
- die Mensa-Resolution an die Studierendenwerke vom gerade zuende gegangenen BundesÖkologieTreffen (BÖT) in Halle.

Kommt das bei Euch an, wollt Ihr Euch dafür einsetzen und die Kampagnen unterstützen?

Vielen Dank an das Ökoreferat des AStAs der Uni Lüneburg für die BC-Initiative und unserer Maria für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Studis in den Mensa-Mühlen.

Alle haben sich, wie ihr das von der BSÖ erwartet, mächtig ins Zeug gelegt, um Euch dieses 80-seitiges FUI zu präsentieren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn es bei Euch an der Hochschule, in Eurer Umweltgruppe, dem Referat, AStA, UStA, StuRa, RefRat, StuPa, dem Studi-Cafe und der Mensa bzw. Wohnheim einschlägt.

Wir danken Euch für die Unterstützung, die Ihr uns und unserem politischen Engagement in diesem Jahr entgegen gebracht habt. Wir hoffen, wir konnten Euch ebenfalls unterstützen oder zumindest Hoffnung geben.



Happy-New-Year 2004
BSÖ-Preisausschreiben:
Wieviele Schienenfahrzeuge sind in dieser FUI-Ausgabe versteckt ?
Sende uns Deine Antwort bis 21.01.04 per mail oder Postkarte an die GeSte und Du kannst eine kostenlose Teilnahme am 36. BÖT Ende Mai gewinnen.

Keep up the fight and stay in contact!

Das FUI-Team und die BSÖ wünschen Euch ein kämpferisches und ökologisches Neues Jahr 2004!

Flavia
Nicole
Föy
Sub
Referat

Dank für die Unterstützung an die MitstreiterInnen und FreundInnen des AStA der Uni Konstanz im Unabhängigen Modell!

Uni Bonn

Rock'n' Recycle -

Ökofestival des AStA-Ökoreferat

Am 11.1.2003 hat das Ökoreferat des AStA der Uni Bonn im Kult 41 das erste „Rock ,n' Recycle Festival“ organisiert mit Aktionen für Kinder und Erwachsene rund ums Thema Ökologie: von Recycling über Papierschöpfen bis zu Öko-Essen (Bio-Waffeln) und Fairer Handel. Außerdem gab es eine Fahrradwerkstatt, Diskussionen und Informationen zu ökologischen Themen. Abends spielten verschiedene regionale Bands, darunter „Fuzzy Sun“ und Funkymodo“. Viele Interessierte versuchten sich beim Papierschöpfen und informierten sich an den verschiedenen Ständen.

Außerdem organisiert das Ökoreferat das 34. BÖT, das vom 28.5.-1.6.03 Mai in Bonn stattfinden wird.

TU Berlin

TU Berlin legt Umweltbericht 2002 vor

Über zwei Drittel aller Forschungsprojekte und Lehrveranstaltungen der Technischen Universität Berlin, die sich mit Umwelt und Nachhaltigkeit beschäftigen, gehen mit einem wirtschaftlichen Bezug an das Thema heran. Dies ist eines der Ergebnisse des diesjährigen Umweltberichtes der TU Berlin. Darüber hinaus dokumentiert der Bericht die wissenschaftlichen Dienstleistungen der Universität im Bereich Umwelt und die erfolgreichen Bemühungen, die eigene Umweltbelastung zu reduzieren.

Umweltforschung in fakultätsübergreifenden Forschungsprojekten

Das Bearbeiten von umweltrelevanten und zunehmend auch nachhaltigen Fragestellungen gehört zum Aufgabenspektrum vieler Fachgebiete. Im Umweltbericht wird erstmals ausgewertet, welchen Beitrag Forschung und Lehre zur Lösung von Problemen einer nachhaltigen Entwicklung liefern.

Insgesamt leisteten im Berichtszeitraum 110 der 1.730 Projekte und 431 der 7.020 Lehrveranstaltungen Beiträge zu Umweltschutz und mehr Nachhaltigkeit. Der größte Teil

entfiel auf die Fakultät III Prozesswissenschaften, die Fakultät VII Architektur Umwelt Gesellschaft und die Fakultät V Verkehrs- und Maschinensysteme. Zu den herausragenden Projekten zählen fakultätsübergreifende Forschungsvorhaben wie der Sonderforschungsbereich „Demontagefabriken zur Rückgewinnung von Ressourcen in Produkt- und Materialkreisläufen“, die Forschergruppe „Interurban - Systemverständnis: Wasser- und Stoffdynamik urbaner Standorte“ und der Forschungsschwerpunkt „Wasser in Ballungsräumen“, der an der Gründung des „Kompetenzzentrums Wasser Berlin“ beteiligt ist.

Betrieblicher Umweltschutz ausgebaut - Über Jobticket wird verhandelt

Im Vergleich zum Vorjahr wurden weniger Abfall, insbesondere Rest- und Sonderabfälle, produziert sowie weniger Trinkwasser und Strom verbraucht. Die Investitionen in die Gebäudetechnik zahlten sich auch finanziell, indem Kosten gesenkt wurden. Jedoch nahm der Verbrauch bei der Heizenergie zu. Um den Energieverbrauch besser zu erfassen und zu analysieren, wird der Ausbau des Energie-Managementsystems vorangetrieben. Um den Verkehr umweltverträglicher zu gestalten, verhandelt die Universität mit den Berliner Verkehrsbetrieben über ein Jobticket für die Beschäftigten. Das Projekt Parkraumbewirtschaftung wird für die TU-eigenen Flächen bei den vorliegenden Rahmenbedingungen des Senats und Bezirks nicht weiter betrieben. Unterstützt wird das Semesterticket der Studierenden durch Bereitstellen von Räumlichkeiten und Infrastruktur. Die Zahl der Beschäftigtenunfälle sank auf den niedrigsten Stand seit 1981. Der Umweltbericht kann bei der Stabsstelle Sicherheitstechnische Dienste und Umweltschutz (SDU) der TU Berlin bestellt werden.

Internet: www.tu-berlin.de/zuv/sdu/UWS/Umwber2002.pdf

Weitere Informationen erteilt euch gern
Thomas Albrecht
Umweltschutzingenieur TU Berlin,
Tel.: 030/314-21392
Fax: 030/314-21145
t.albrecht@tu-berlin.de

C.v.O.- Uni Oldenburg

Bahn frei für den Autoverkehr!?

Studis sollen künftig im Stau stehen!

Es wird viel geredet um das Ökoimage einer Stadt und Schlagwörter wie die „Agenda 21“ fallen häufig. Aber wird tatsächlich soviel Gutes getan oder liegt der Trend nicht mittlerweile oft wieder genau beim Gegenteil? Bestes Beispiel dafür ist die Stadt Oldenburg und ihr sogenanntes „Chaos am Uhlhornsweg“: Hier sollen die Studis künftig im Stau stehen.

Die Studierenden in Oldenburg haben ein Problem: Der Uhlhornsweg durchquert den Haupttrakt der Universität am Standort Artillerieweg. Damit eine Fußverbindung gewährleistet ist, gibt es im Abstand von ca. 100 Metern unterhalb des zentralen Quergebäudes zwei Zebrastreifen. Zu den Stoßzeiten um die Mittagszeiten aber, wenn Tausende von Menschen zwischen Bibliothek, Cafete, Mensa, Vorlesungsräumen und Verwaltung hin und her pendeln, entsteht hier ein großer Autostau. Mittlerweile beschwerten sich vor allem die Geschäfte aus dem von der Uni eingerichteten Ökozentrum darüber, dass PKW-Kunden Probleme haben, dort einkaufen zu können, weil sich durch die Zebrastreifen regelmäßig ein zu großer PKW-Rückstau bildet. Das stellt auch die in der lokalen Medienöffentlichkeit verbreitete Meinung dar. Um das angebliche „Chaos am Uhlhornsweg“ zu beseitigen, will die Stadt Oldenburg einen der beiden Zebrastreifen durch eine Fußgängerrampe mit Signldrücker ersetzen, den anderen ganz entfernen. Die einzige Überquerungshilfe für Fußgänger soll dann dort eine Mittelinsel sein.

Zu Recht kritisiert der AStA und die Öko-AG, dass nun offenbar eher die FußgängerInnen dazu gebracht werden sollen, dort im Stau zu stehen! Offenbar soll dort die eigentliche Dominanz des hauptsächlich stattfindenden FußgängerInnenverkehrs wieder einmal zugunsten des Automobilverkehrs zurückgedrängt werden, wobei die FußgängerInnen dort sogar an einer Drückerrampe regelrecht ihre Genehmigung zur Straßenüberquerung „erbetteln“ müssen.

Januar

16.-21.01.2004

Mumbai, Indien: Weltsozialforum
 Infos: www.wsfindia.org

16.01.2004

Berlin: Bekämpfung von Verkehrslärm (Tagung des VCD)
 Infos: helmar.press@vcd.org

17.01.2004

[14:00], Paris, Place de la Republique (Europäische Demonstration): Kein neues Atomkraftwerk in Europa: für Energiesparprogramme und erneuerbare Energien!
 Infos: www.oneworldweb.de/castor

17.-21.01.2004

Berlin: The European Conference for Renewable Energy
 Infos: berlin2004@erec-renewables.org

21.01.2004

[19:00], Lensian, Schwarzer Hahn PGP Kurs: Verschlüsselungstechnologie im Alltag, BI Lüchow-Dannenberg e.V, Infos: www.bi-luechow-dannenberg.de, www.oneworldweb.de/castor/

23.-25.01.2004

Berlin: BSÖ-Aktiventreffen (und MoA-Vorbereitung)
 Infos: <http://www.bsoe.info/termine>

27.-29.01.2004

Dessau: Sustainable Chemistry - Integrated Management of Chemicals, Products and Processes
 Infos: www.sustainable-chemistry.com

Februar

04.-05.02.2004

Berlin: Agrobiodiversität entwickeln - Handlungsstrategien und für eine nachhaltige Tier- und Pflanzenzucht (Tagung)
 Infos: www.agrobiodiversitaet.net

05.-06.02.2004

Bonn: Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt.
 Infos: www.eurosolar.org

06.-08.02.2004

[16:00 h] München und überall, Gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2004 vorgehen!
 Infos: www.no-nato.de

06.-08.02.2004

Hannover, Reisepavillon: Marktplatz für anderes Reisen
 Veranstalter: Fachausstellung Heckmann
 Tel. 0511/1694 167
 Infos: www.umkehr.de

10.-12.02.2004

Essen: E-world: Energy and Water
 Infos: www.e-world-2004.com

11.-12.02.2004

Essen: Internationaler Deutscher Wasserstoff Energietag
 Veranstalter: H2Congress
 Tel. 0201/1721260 - eMail: info@h2congress.de
 Infos: www.umkehr.de

18.-20.02.2004

Loccum: Solarenergie an Schulen
 Infos: www.loccum.de

27.-29.02.2004

Clausthal: Endredaktion FUI 2/04, Schwerpunkt Mobilität
 Infos in der Geste und unter: www.bsoe.info/termine

März

03.-05.03.2004

Vels (A): World Sustainable Energy days
 Infos: office@evs.or.at

04.-05.03.2004

München: 7. Fachkongress der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF)
 Infos: www.agoef.de/news/kongresse_agoef.html

06.03.-07.03.2004

Lindau: 150 Jahre Nord-Süd-Bahn (Hof-Nürnberg-Lindau) und die Aktualität der Bahnhofs-Zerstörung,
 Veranstalter: Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB),
 Tel. 030/4927473, - eMail: buergerbahn@umkehr.de
 Infos: www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

12.03.2004

Offenbach a.M. (Eintägiger Projekt-Workshop): FFH-Richtlinie - Methodik der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung
 Veranstalter: Umweltinstitut Offenbach,
 Tel. 069/810679, Infos: www.umkehr.de

18.-21.03.2004

Barcelona: Forum Social Mediterrani
 Infos: www.fsmed.info

20./21.03.2004

Magdeburg: Treffen zum Lager Morsleben
 Anmeldung/Infos: mail@greenkids.de
 Infos: www.greenkids.de, www.gruenes-blatt.de
 siehe Artikel auf Seite: 15

20.-22.02. 2004

Schweiz / Altdorf: 11. ITE-Tagung EU-Verkehrsinii: Entwicklung EU? Bilanz 10 Jahre „Alpenschutz“, Verlagerung Güterverkehr (in CH-Verfassung?) Fest Alpen-Ini.
 Infos /Anmeldung: Alpen-Ini, PF 28, CH-6460 Altdorf;
 Tel: 0041-41-8709781, www.alpeninitiative.ch

später

01.04.2004

überall: METRO-AG beginnt mit Genfood-Werbewochen
 siehe Artikel auf Seite: 14
 Infos: www.dosto.de/gengruppe/bameka/metro,
www.cbgnetwork.org, www.projektwerkstatt.de,

02./03.04.2004

Euro-Aktionstag sozialer Bewegungen/Gewerkschaften gegen Sozialabbau + Demos, www.attac.de

11.-13.06.2004

FUI 3/04-Endredaktion, Schwerpunkt: Umweltbildung
 Infos in der Geste und unter: www.bsoe.info/termine

20.06.2004

Bundesweiter Aktionstag Mobil ohne Auto (s. S. 67 - 70)
www.mobilohneauto.de

22.06.2004

Bundesweiter Autofreier Aktionstag an Schulen, Hochschulen und Universitäten,
siehe Artikel Seite: 67 - 70
www.studis.de/bsoe und www.mobilohneauto.de

TU Clausthal

Direktbus Clausthal-Göttingen!

Wie mensch ja vielleicht weiß, lässt der Anschluss Clausthals an den Öffentlichen Nahverkehr zu wünschen übrig: es gibt keinen Bahnhof. Zudem ist die Verbindung nach Göttingen (eigentlich nur ca. 60 km) desaströs. So braucht man in der Woche selten weniger als zwei Stunden - am Wochenende ist es sogar noch schlimmer. Das besondere Problem ist der Weg hin zum nächsten Bahnhof. Da gibt es in Richtung Göttingen eine Buslinie, die für ca. 35 km gut anderthalb Stunden benötigt. Außerdem sind die Busse und Züge ziemlich schlecht aufeinander abgestimmt: oft muss man sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen oder auf tierischen Umwegen fahren. Um das zu ändern, hat die Öko-AG in Zusammenarbeit mit einem Prof. eine Umfrage gestartet, die den Bedarf einer Direktlinie von Clausthal nach Göttingen und zurück aufzeigen soll. Über 400 Personen haben daran teilgenommen und - wie erwartet - besonders am Wochenende großes Interesse bekundet. Der Plan: jeden Freitag, Samstag und Sonntag sollen ein paar Busse Studis und "normale" Menschen für ungefähr 5,- Euro auf direktem Weg nach Göttingen und zurück befördern. Das wäre ein Kompromiss, denn so eine Linie jeden Tag verkehren zu lassen, ist erstmal (aus Sicht des Betreibers) nicht rentabel. Im Gespräch mit dem Chef des örtlichen Verkehrsverbundes stellte sich heraus, dass solch eine "Transfer"-Verbindung (,die eben nicht jeden Tag fährt - das ist Voraussetzung für "Linien"-Verkehr) durchaus möglich ist. Die Öko-AG hat sich nun mit einigen Busunternehmen in Verbindung gesetzt und holt Angebote ein. Das eventuell entstehende Defizit soll zwischen dem AStA der Uni und dem Busunternehmen aufgeteilt werden. Für 2004 sind einige Probe-Wochenenden als Test geplant. Wenn das gut angenommen wird, hofft die Öko-AG darauf, dass die Transfer-Verbindung regelmäßig von einem Busunternehmen gefahren wird - für eine wesentlich bessere Anbindung nach Norden, Süden und in den Westen wäre damit erreicht.

BSÖ

Neuer Themensprecher: Vernetzung

Auf dem letzten BÖT in Halle hat die Mitgliederversammlung (MV) einen neuen Themensprecher gewählt: Jörg Schulz aus Clausthal soll sich um eine Verbesserung der Vernetzung der studentischen Öko-Gruppen kümmern. Auf dem BÖT hat es zu diesem Thema einen Arbeitskreis gegeben, der dazu einige Ideen ausgearbeitet hat. Für den Anfang ist geplant, erst einmal zu erforschen, an welchen Hochschulen es Öko-Arbeit gibt und was da genau passiert. Längerfristig hofft Jörg, dass die Web-Site der BSÖ intensiver von Studis frequentiert wird. So ist zum Beispiel ein nach Themen gegliedertes Internet-Forum geplant, in dem sich Öko-Aktive deutschlandweit mit anderen austauschen können, was man wo wie besser machen kann. Auf diese Weise soll man dann immer den aktuellen Stand der Dinge an den Hochschulen erfahren können.

Zur Person

Ich, Jörg Schulz, wurde 1982 in Cuxhaven geboren und habe da 2001 mein Abitur gemacht. Danach bin ich unverzüglich nach Clausthal gegangen, um dort Energiesystemtechnik zu studieren - energiepolitische Themen interessieren mich also brennend. Gleich zu Anfang habe ich Florian von der clauthaler Öko-AG und der BSÖ kennengelernt; der hat mich dann zu Hochschulpolitik und Öko-Arbeit animiert. Ich wurde ziemlich schnell als AStA-Referent für Ökologie und Verkehr gewählt und habe mich anfangs sehr um die Einführung eines Semestertickets für Clausthal bemüht (leider erstmal ohne Erfolg). Auf dem 33. BÖT in Lüneburg habe ich zum ersten Mal beschlossen, bei der BSÖ mitzumachen zu wollen. Auf der letzten MV wurde ich dann (auch aus Personalmangel) in den Vorstand und zum Finanzel der BSÖ gewählt. Besonders die Arbeit als Sprecher für Vernetzung wird mich viel Zeit kosten. Das Aufspüren der Öko-Referate, den

Kontakt herstellen und halten, die Datenbank führen, überarbeiten und ständig aktualisieren... all das wird mich wohl ziemlich auf Trab halten. Trotzdem bin ich mir sicher, dass die angestrebten Projekte eine ziemliche Verbesserung der Vernetzung der Öko-Gruppen bewirken könnten.

Ihr seit gefragt

Aber... was hat das denn hier zu suchen? - "Was läuft wo" ist ein Paradebeispiel für mein Gebiet. Ohne euch läuft hier nichts! Ich hoffe deswegen auf Eure Mitarbeit! Es wäre sehr hilfreich, wenn alle Studis, die das hier lesen, mir am besten eine e-mail schreiben könnten. Mich interessiert besonders, was so passiert an der eigenen Hochschule und was ihr so von anderen gehört habt; wie kann ich Euch erreichen? Also schreibt schnell an joerg.peter.schulz@tu-clausthal.de

≠ **mobilogisch!**
Ökologie • Politik • Bewegung



Neugierig auf die Mischung? Probeheft ordern:
Hinterher sind Sie sicher klüger!

Exerzierstr. 20 • 13357 Berlin • www.mobilogisch.de
Fon 030 492 -74 73 • Fax -79 72 • abo@mobilogisch.de

... weiterhin der InformationsDienst für Verkehr

35. Bundesökologietreffen in Halle an der Saale

Grüne Gentechnik

–

kritisch betrachtet!

Der Umweltgruppe des Sturas der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Zusammenarbeit mit der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) e.V. veranstaltete vom 20.11.03 bis 23.11.03 das 35. BÖT in Halle an der Saale.

Der bundesweite Kongress hatte in diesem Wintersemester das zentrale aktuelle Thema „Gefahren und Risiken der ‘grünen’ Gentechnik“.

Dazu wurden Workshops, Aktionen und Exkursionen gestaltet, die das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln (Geschichte, Rechtslage, Forschung und Ethik) behandelten.

Das Motto war und ist besonders brisant, da die USA im Rahmen der WTO die EU-Regelungen bezüglich der Einfuhr- und Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel und Saatgut verklagt haben.

<http://www.GENug-wto.de>

Aber auch andere Themengebiete wie Fairer Handel, Ökologische Mensa, Direct Action Platform, Ökostrom, Vernetzung der Ökologiearbeit an Hochschulen, Anti-Atom nach dem Castor-Transport und Konzepte des Öffentlichen Personennahverkehrs gerade an der und um die Hochschule bundesweit und in Halle selbst kamen nicht zu kurz.

Am Eröffnungsdonnerstag, 20.11.2003 hielt Prof. Dr. Sigmar Groeneveld (Universität Kassel + Expertengruppe Ökologische Landwirtschaft) einen spannenden Vortrag zum Thema „Gefahren der und Widerstand gegen (grüne) Gentechnik“.

Das BÖT findet seit 16 Jahren jedes Semester an wechselnden Hochschulen statt. Im November 1992 wurde daraus das Netzwerk BSÖ e.V. gegründet. Ziel ist es, Aktivitäten der Öko-, Umwelt-, Sozial- und Verkehrsreferate der StudentInnenschaften, der Umweltgruppen u. -initiativen, Fahrradwerkstätten, Lebensmittel-Kooperativen und umweltinteressierter StudentInnen zu vernetzen.

BÖT in Halle - was nun?

Das BÖT begann mit einer Demo von 4000 Studis, denen es wohl weniger um Ökologie ging - viel mehr um den Protest gegen die angekündigten Kürzungen an ihrer Uni. Wir mischten uns unter die Demonstran-

sicht nach purer Etikettenschwindel sind, mit denen die Gefahren der Gentechnik schönegeredet werden. Denn was dahintersteckt, wird dadurch vertuscht. *Grüne Gentechnik* und Gentechnik im allgemeinen



ten, nicht nur, um mitzuprotestierten, sondern auch, um Einladungen zum BÖT zu verteilen und mit dem Einen oder der Anderen ins Gespräch zu kommen. Die Stimmung war gut, der Demozug lang und schließlich kamen wir erschöpft ins StuRa-Gebäude zurück, wo das BÖT stattfinden sollte. Inzwischen waren noch ein paar Leute angereist, und es wurde in gemütlicher Runde gegessen und Neuigkeiten ausgetauscht.

Wieder einmal reisten aus der ganzen Bundesrepublik ÖkologiereferentInnen und Umweltaktive an, um sich drei Tage lang auszutauschen und zu unterschiedlichen Themen zu arbeiten.

Sicherlich ein Höhepunkt war der Gastvortrag zu „Grüner Gentechnik“ von Prof. Groeneveld, der selbst schon Anfang der 90er mit seinen StudentInnen Gentechnik-Versuchsfelder besetzte. Er hat *Koexistenz*, *Saatgut-Reinheit* und *grüne Gentechnik* als „Plastikwörter“ enttarnt, die seiner An-

können mit dem Wunsch nach einem natürlichen Leben nicht vereinbart werden, da sie in hochkomplexe Strukturen eingreifen, die längst noch nicht erforscht sind, wie z.B. auch die Bodenökologie und unabschätzbare Folgen haben kann, so seine Argumentation. Außerdem wird sich ein GVO (gentechnisch veränderter Organismus), wenn er freigesetzt wurde, unkontrolliert weiterverbreiten. In der anschließenden Diskussion ging es darum, ob es möglich ist, verantwortlich mit dieser Technik umzugehen, oder ob es in dieser Gesellschaft, in der es meist nur um Profit und Gewinn geht, unvermeidlich ist, dass Gentechnik missbraucht wird.

Am Freitagvormittag wurde eine geökologische Exkursion am Ufer der Saale angeboten. Wir fuhren erst mit der Straßenbahn zur Burg Gibbichenstein und wanderten von da aus an der Saale entlang, dessen Bachbett sich durch das rote Porphyrgestein gegraben hat. Dabei erfuhren wir

auch, dass Halle in der mitteleuropäischen Trockenzone liegt, in der die Niederschläge besonders gering sind. Deshalb findet mensch hier Trockenrasen mit seltenen Pflanzen, wie z.B. Orchideen. Wir hatten wunderschönes Wetter und genossen den Blick über das Saaletal. Der Tag ging schell vorbei, und wieder einmal war Freitagabend Kino angesagt: „Heinrich der Säger“, der Klassiker. Wer ihn noch nicht gesehen hat, konnte dies jetzt nachholen.

Inzwischen war der Kreis weiter angewachsen. Es wurden so viele Arbeitskreise angeboten, dass die Entscheidung schwer fiel. Am Ende reichte die Zeit doch nicht, um all die wichtigen Dinge zu besprechen. So wurde über das Europäische Sozial Forum nur kurz berichtet, dafür gab es eine Diashow über den Widerstand im Entwood. Sehr informativ war auch der Arbeitskreis zu Genrecht, bei dem Herr Potthof vom gentechnischen Netzwerk den aktuellsten Stand erläuterte. Momentan besteht in Deutschland noch ein Gentechnikmoratorium, das den Anbau von GVOs verbietet, solange, bis die rechtlichen Voraussetzungen zur Einführung der Gentechnik geschaffen sind. Die USA, Kanada und Argentinien drängen darauf, dass sie ihre GVOs in die EU exportieren dürfen. Da Gentechnik per Gesetz nicht verboten werden kann, müssen die Auflagen entsprechend hoch gemacht werden. Es sind viele Fragen noch ungeklärt, z.B. wer haftet für evt. Schäden, wer übernimmt das Monitoring, durch das mögliche Auswirkungen schnell erkannt werden sollen und wer überprüft die Einhaltung von Vorsichtsmaßnahmen? Herr Potthof versuchte uns auf alle Fragen zu antworten und wies daraufhin, dass sich die unterschiedlichen Interessensverbände wohl nicht zu Gunsten der VerbraucherInnen entschieden werden, sondern wirtschaftliche Interessen mal wieder im Vordergrund stehen könnten.

Gerüchte wurden verbreitet, wo das nächste BÖT stattfinden sollte, doch leider hielten sie sich nicht. Es wurde die Mensaresolution noch einmal überarbeitet und schließlich verabschiedet. Auf dem Abschlussplenum wurde das Orgateam sehr gelobt, doch leider fand sich niemand, der die ehrenvolle Aufgabe, das nächste BÖT zu organisieren, übernehmen mochte. So suchen wir noch mutige OrganistorInnen! Wo werden wir uns wiedersehen?

Bestimmt auf dem nächsten 36. Bundesökologietreffen!
Maria Deiglmayr



Mensa - Resolution

Das 35. Bundesökologietreffen, ein bundesweites Treffen der ÖkoreferentInnen der ASten und StuRä, hat folgende Resolution verabschiedet, die in den universitären Gremien und im Studentenwerk eurer Uni durch entsprechende Beschlüsse umgesetzt werden soll. Wir bitten euch, diese Resolution zu unterstützen, und darauf hinzuwirken, dass dieses Ziel erreicht wird!

Resolution des 35. Bundesökologietreffens zur Umstellung der Mensen und Cafeterien auf Produkte aus ökologischem Landbau und artgerechter Tierhaltung und auf fair gehandelte Produkte.

Obwohl der Dachverband des Deutschen Studentenwerks sich dem Umweltschutz verpflichtet hat, gibt es erst an wenigen Unis regelmäßig Bio-Essen in den Mensen. Wir fordern deshalb das Studentenwerk auf, seiner Verantwortung für die Umwelt gerecht zu werden und mit einer Ressourcen schonenden Wirtschaftsweise zur Erhaltung unserer Lebensgrundlage beizutragen.

Dies bedeutet insbesondere:

1. die Umstellung auf Produkte aus ökologischem Landbau und artgerechter Tierhaltung. Dies kann schrittweise erfolgen, indem einzelne Produkte komplett umgestellt werden (z.B. Kartoffeln, Nudeln, Mehl, Reis, Fleisch, Eier, Gemüse, Obst). Biogemüse und -obst sollte unter Berücksichtigung von regionalem und saisonalem Angebot eingekauft werden.

2. täglich mindestens ein Gericht anzubieten, das ausschließlich aus Bio-Produkten zubereitet wird. Falls es nur ein Bio-Gericht gibt, sollte dieses vegetarisch sein.

Zusätzlich fordern wir das Studentenwerk auf, den Folgen der aktuellen Kaffeekrise (Existenzbedrohung¹ der Kaffeebäuerinnen und -bauern durch Verfall des Weltmarktkaffeepreises) entgegenzuwirken und in den Cafeterien und Mensen ausschließlich fair gehandelten Kaffee zu verkaufen. Das Angebot weiterer fair gehandelter Produkte (z.B. Tee, Schokolade, Kakao, Trockenfrüchte) ist wünschenswert.

¹: Unterschreitung des Existenzminimums nach OECD-Richtlinien

Weitere Stimmen zum BÖT, vor allem zum Arbeitskreis Direct Action u.a. mit Kreativer Antirepression unter:

<http://www.de.indymedia.org/2003/11/67205.shtml>

<http://www.direct-action.de.vu>

<http://www.projektwerkstatt.de>

PRESSEDIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

STOPP VON FREILANDVERSUCH MIT FEHLENDER AKZEPTANZ DER BEVÖLKERUNG BEGRÜNDET

Berlin: (hib/POT) Die Entscheidung, einen Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Apfelsorten in Pillnitz und Quedlinburg zu stoppen, ist aus der Erwägung heraus getroffen worden, dass Vorhaben diesen Inhalts und Umfangs nicht ohne Akzeptanz in der Bevölkerung in den betroffenen Regionen getroffen und alternative Methoden zunächst ausgeschöpft werden sollen.

Dies schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2079) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/1942). Die Entscheidung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft gegen die geplante Freisetzung sei

unabhängig vom Ergebnis der Beratungen der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS) ergangen, insbesondere deren



Stellungnahme zu den mit der Freisetzung möglicherweise verbunden Risiken für Mensch und Umwelt, heißt es in der Antwort weiter.

Die Frage, ob, in welchem Umfang und unter welchen Auflagen das Robert-Koch-Institut als zuständige Genehmigungsbehörde der Stellungnahme der ZKBS gefolgt wäre, sei offen, solange das Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen ist.

Die Züchtung mit Hilfe gentechnischer Verfahren stellt den Regierungsangaben zufolge nur einen Teilbereich der ins Auge gefassten Möglichkeiten zur Bekämpfung des Feuerbrandregers im Obstbau dar. Die Regierung halte an ihrer Strategie fest, die Anwendung antibiotikahaltiger Pflanzenschutzmittel im Obstbau möglichst ganz zu vermeiden. Derzeit werde noch darüber diskutiert, welche der möglichen alternativen Maßnahmen eine wirksame Bekämpfungsmaßnahme sei.

Mehr Abos für den Juckreiz!

Der Juckreiz ist eine nichtkommerzielle Zeitung von Jugendlichen vor allem für Jugendliche. Wir wollen brisante Themen anpacken, politisch aktiv sein und unbequeme Wahrheiten bekanntmachen. Aber eine Zeitung zu machen kostet Geld, und zwar nicht

wenig, obwohl niemand von uns für diese Arbeit Geld bekommt. Deshalb sind wir davon abhängig, daß (sozial und ökologisch möglichst verträgliche) Geschäfte und Firmen Anzeigen im Juckreiz schalten. Um diese Abhängigkeit zu verringern, brauchen wir Abos. Je-

des Abo zeigt uns einerseits, daß Menschen unsere Arbeit gut oder zumindest interessant finden und hilft uns andererseits, aus der Abhängigkeit von AnzeigenkundenInnen und deren finanzieller Situation herauszukommen. Alle Leute, die den Juckreiz gut und erhaltenswert finden, sollten ihn daher abonnieren! Wer mehr Geld hat, kann ein Förderabo wählen (wobei eigentlich

jedes Abo den Juckreiz fördert) – der Summe sind nach oben keine Grenzen gesetzt. Als Belohnung für diejenigen, die ein Förderabo wählen, gibt es wahlweise die Broschüre „Umweltstandort Deutschland“ der BUNDjugend, einen Block Umweltschutzpapier oder alle bisherigen Juckreize von 1 bis 34. (Alle Angebote gelten, solange der Vorrat reicht.)

Juckreiz abonnieren

Ich bestelle auf vorerst vier Ausgaben (1 Jahr)

- ein Juckreiz-Abo für 8 €.
 ein Förderabo für 15 € 25 € _____ [mehr als 15] €. Als Belohnung dafür, daß ich ein Förderabo bestelle, möchte ich die Broschüre „Umweltstandort Deutschland“ einen Block Umweltschutzpapier die Juckreize 1 – 34 gar nichts bekommen.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere vier Ausgaben, wenn es nicht zwei Wochen nach Erhalt der 4. Ausgabe schriftlich gekündigt wird.

- Schickt mir eine Rechnung, ich überweise innerhalb 2 Wochen.
 Bucht den Betrag halbjährlich (ab einem Abopreis von 15 €/Jahr) jährlich von meinem Konto ab:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Jugend, Umwelt und Bildung (JUB) e.V., das Bezugsgeld für das Juckreiz-Abonnement zwei Wochen nach Rechnungsversand von meinem unten angegebenen Konto per Lastschrift einzuziehen. (Geht nur bei deutschen Banken, und das Konto muß gedeckt sein.) Änderungen meiner Bankverbindung und meiner Adresse werde ich rechtzeitig mitteilen. Ich kann diese Einzugsermächtigung jederzeit ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen.

Meine Kontonummer: _____ Mein Name: _____

Meine Bank: _____ Meine Adresse: _____

Meine Bankleitzahl: _____ Schickt die Rechnung per e-Mail an: _____

- Das Abo geht an mich. Das Abo geht als Geschenk an:

Name: _____

Adresse: _____

Datum, Unterschrift

Ich kann diese Vereinbarung innerhalb von zwei Wochen beim Juckreiz-Vertrieb, Postfach 21 21 10, 10514 Berlin, widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige die Kenntnisnahme des Widerrufsrechts durch meine 2. Unterschrift. Die Daten werden elektronisch gespeichert.

Datum, Unterschrift

Unermüdliche Kämpfer gegen den Konzern

Seit 1978 beobachtet ein Verein mit Argusaugen das Wirken des Unternehmens. Kritik wird auf allen Ebenen geübt.

Am Anfang stand eine Anwohner-Initiative in Wuppertal, ab 1978 formierten sich einige Kritiker in einem Verein, dem übrigens heute noch nicht die Gemeinnützigkeit zuerkannt worden ist: Vor 25 Jahren wurde die "Coordination gegen Bayer-Gefahren" (CBG) ins Leben gerufen. Einer ihrer Gründer, Axel Köhler-Schnura, kämpft noch heute auf allen Ebenen gegen den Konzern, beziehungsweise für mehr Transparenz in Sachen Bayer.

Seit 1983 haben es sich Schnura und andere CBG-Aktivistinnen beispielsweise zur Gewohnheit gemacht, auf den Hauptversammlungen der Bayer AG ihre Kritik zu äußern und so den Konzern dazu zu zwingen, seinen Gegnern ein Forum zu bieten. Vor der Kölner Messe, in der die Aktionäre traditionsgemäß tagen, stehen CBG-Vertreter mit Transparenten; Handzettel werden verteilt. Aber auch in der Halle und innerhalb der Tagesordnung der Aktionärsversammlung versuchen die Kritiker, möglichst tiefe Spuren zu hinterlassen. Zum Standard-Programm gehören formelle Gegenanträge, die vorher schriftlich eingereicht und im Prinzip allen Aktionären zur Kenntnis gebracht werden müssen. Allerdings hat sich Bayer in letzter Zeit angewöhnt, die komplette Tagesordnung mit Gegenanträgen und Äußerungen des Vorstands dazu nur noch im Internet zu veröffentlichen. Was prompt die Kritik der CBG hervorrief. In der Versammlung setzen die Kritiker alles daran, ihre Anträge möglichst ausführlich mündlich zu begründen und so bei den Tausenden anwesender Anteilseigner für ihre Anliegen zu werben. Und zum Ritual gehört auch, dass der Vorstandsvorsitzende auf die Vorhaltungen eingeht.

In diesem Jahr ließen sich die Kritiker noch etwas Besonderes einfallen: Wegen anderweitiger Verpflichtungen hatte der frühere Auto-Manager Wolfgang Reitzle seinen Sitz im Bayer-Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt. Und entgegen dem Vorstandsvorschlag, der sich an Reitzles statt von Luftansa-Chef Jürgen Weber kontrollieren lassen wollte, stellte die CBG einen eigenen

Kandidaten auf: ihr Gründungsmitglied Axel Köhler-Schnura, Diplom-Kaufmann und aktiv in der CBG, bei den Kritischen Aktionären und in der Düsseldorfer DKP. Das Unterfangen erwies sich natürlich als aussichtslos - gewählt wurde Jürgen Weber.

Die absehbare Niederlage auf der Hauptversammlung im vorigen April war indes nur eine der harmloseren Auseinandersetzungen, die sich Bayer und sein Gegner Köhler-Schnura lieferten. Härter ging es zur Sache, als die Coordination eine neue Internet-Plattform unter dem Namen "Bayerwatch" aufbauen wollte. Wegen Verwechslungsgefahr zwang Bayer die CBG im Sommer 2001, die Seite vom Netz zu nehmen. Und gegen Köhler-Schnura, der den beklagten Titel zuvor beim Patentamt München hatte schützen lassen, ging das Unternehmen auch vor. Den Streitwert legte Bayer nach Angaben der Coordination bei beiden Verfahren auf damals 250 000 Mark fest, was zu Verfahrenskosten von bis zu 200 000 Mark geführt hätte. Der Verein und auch Köhler-Schnura stimmten der Löschung zu. Also beschränkt sich die Coordination weiterhin auf ihre vierteljährlich erscheinende Streitschrift "Stichwort Bayer", Pressemitteilungen zu aktuellen Themen sowie einen wohl gepflegten Internet-Auftritt auf der Seite cbgnetwork.org.

Viele Nadelstiche

Immer mal wieder stören die Aktionisten das Bayer-Leben auch in Leverkusen: So wiederholt am 1. Dezember, der von Umweltschutz-Organisationen in aller Welt zum "Day of no Pesticides" erklärt wurde, weil an diesem Tag des Jahres 1984 im indischen

Bhopal Gift aus der Fabrik des US-Konzerns Union Carbide austrat. Tausende Menschen starben an den Folgen. Vor knapp drei Jahren versammelten sich Abgesandte des Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN), der Coordination und der deutschen Sektion des World Wildlife Fund vor dem Bayer-Hochhaus. Mit Totenkreuzen, einer Giftspritze und Statistiken machten sie klar, dass auch Bayer als einer der wichtigsten Pestizid-Hersteller der Welt in der Verantwortung steht. Bayer und Aktivisten tauschten damals in aller Förmlichkeit Noten aus - die Auseinandersetzung geht weiter.

Ein Profi und acht Prominente

Ein Geschäftsführer kümmert sich hauptamtlich vor allem um die internationale Zusammenarbeit der Coordination mit Umweltschutzgruppen: Philipp Mimkes organisiert vom Düsseldorfer Sitz der Organisation aus unter anderem die jährlichen Auftritte im Rahmen der Bayer-Hauptversammlung. Axel Köhler-Schnura ist nicht nur in der CBG aktiv, sondern auch bei den Kritischen Aktionären. Unterstützt wird die Arbeit der Gruppe außerdem von einem ursprünglich neunköpfigen Beirat, dem bis zu ihrem Tod die Theologin Dorothee Sölle vorstand und in dem jetzt unter anderem die frühere PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter, der Chemiker Professor Jürgen Rochlitz (Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90 / Die Grünen) und der Baubiologe Professor Anton Schneider mitarbeiten. (tk)

VON THOMASKÄDING
Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.



Daimler, Bayer, Siemens und der Krieg im Irak

Der Konflikt zwischen USA und Teilen Europas schwelte schon lange. Divergierende ökonomische Interessen hatten ihn entfacht. Jetzt rudern die Regierenden eifrig zurück.

Das Irak-Geschäft lockt

Im Juni 2000 lud der »Bundesverband der deutschen Industrie« (BDI) ins Berliner Hotel »Radisson SAS«. Teilnehmer einer BDI-Reise nach Bagdad erstatteten Bericht. Eine »fast romantische Anhänglichkeit gegenüber Deutschland« hatte der BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg in dem Land gespürt. Der aber droht Unbill durch Dritte. In einem Brief an Außenminister Fischer, den von Wartenberg bei dem Treffen verlas, hieß es: »Insbesondere gegenüber dem UN-Sicherheitsratsmitglied USA, aber auch gegenüber anderen müsse deutlich werden, daß mit der bislang verfolgten Politik in New York deutsche Wirtschaftsinteressen stark beeinträchtigt würden«. Es sei »höchste Zeit«, für »die Durchsetzung deutscher Interessen sowohl in Irak als auch bei der UN einzutreten«, so von Wartenberg. Zum Abschluß wünschte er sich: »Bedeutsam wäre, wenn die deutsche Industrie ihre Vorstellungen in die politischen Leitlinien des Bundestages einfließen lassen könnte.«

Multi-Funktionär v. Wartenberg

Dieser Wunsch wurde erfüllt. Im Herbst 2002 verkündete der Bundeskanzler den »deutschen Weg« in der Außenpolitik und verurteilte den Kriegskurs von George W. Bush. Der regierungsamtliche Teilzeitpazifismus entsprang also nicht nur einem

Wahlkampfkalkül. Gerhard Schröder tat einmal mehr genau das, was die Bosse ihm aufgetragen hatten.

Die hatten nämlich mit Husseins Irak blendende Geschäfte gemacht. Sie lieferten unter anderem Anlagen, Maschinen, Kraftfahrzeuge und Konsumgüter. Aber auch an der Ausstattung von Husseins Waffenarsenalen beteiligten sie sich. Die Unternehmen exportierten in den 80er Jahren Computer-Elektronik, Radar, Chiffriergeräte, Waffen und Munition in das Land. Mehrere Chemieunternehmen waren mit chemiewaffenfähigem Material dabei. Der Export von militärischen Gütern in Krisengebiete war zwar verboten, aber das »Bundesamt für Wirtschaft« sah das nicht so

eng. Das Außenwirtschaftsgesetz sei im Zweifelsfall zugunsten des Freiheitsprinzips auszulegen, lautete die Direktive. Und bei den jährlich 75000 Exportanträgen kamen die Beamten ziemlich oft ins Grübeln. Publik sollten ihre Entscheidungen jedoch nicht werden. »Die Veröffentlichung von Ausfuhrwerten nach Empfängerländern kommt nicht in Betracht«, dekretierte der damals zuständige

Staatssekretär. Sein Name: Ludolf von Wartenberg.

Durch das nach 1991 in Kraft getretene Embargo versiegten die Handelsströme so ziemlich. Der BDI setzte sich daher vehement für die Aufhebung des Embargos ein. Nur so bestand Aussicht, die Schulden des Irak bei den bundesdeutschen Unternehmen wieder einzutreiben. Ein Krieg konnte schon deshalb nicht im Interesse der bundesdeutschen Konzerne sein. Nach dem kaum in Zweifel stehenden Sieg der USA und Großbritanniens würden als Nachhut nämlich deren Multis in den Irak einrücken und die »alt-europäischen« verdrängen. Also entdeckten die regierenden

Koalitionäre von SPD und Grünen die Friedensliebe wieder und überwarfen sich mit den Vereinigten Staaten.

Streit auch in der WTO

Der Konflikt schwelte allerdings schon lange. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks fehlte dem Westen die einigende Klammer eines gemeinsamen Feindes. Die Bundesrepublik hatte nach der »Wiedervereinigung« die volle Souveränität zurückerlangt und machte von ihr beim Run auf die neu zu verteilenden Interessenssphären immer ungenierter Gebrauch. Dies führte zu ökonomischen Streitigkeiten mit den USA. Bei der Welthandelsorganisation WTO geriet man sich z.B. über Hormonfleisch, Stahl, die Zulassung genmanipulierter Getreide-Sorten und die Agrarsubventionen in die Haare. Die US-Amerikaner zogen daraus die Konsequenz, vermehrt über bilaterale Wirtschaftsabkommen freien Zugang zu Märkten zu suchen.

Dem BDI-Vorstandsvorsitzenden Michael Rogowski paßte das gar nicht. Er beklagte sich in der Wirtschaftswoche 15/03, daß »die USA nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern auch in der Außenwirtschaftspolitik zunehmend den multinationalen Rahmen verlassen. »Ein Gegengewicht zu Amerika wäre deshalb auch schon aus wirtschaftlichen Gründen zu wünschen«, so der BDI-Mann. Dabei verschwie er dezent die 30 bilateralen Verträge der EU, gegenüber denen sich die bisher drei der USA bescheiden ausnehmen. »But we are hard at work«, bekennt Bushs Handelsbeauftragter Robert Zoellnick.

Das müssen die Vereinigten Staaten auch, hat der Europäische Rat im März 2000 doch verkündet: »Die Union hat sich heute ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.« Ein zentrales Instrument hierzu war die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung. Sollte er einmal



dem Dollar seinen Rang streitig machen, so könnte Brüssel mit seiner Finanzpolitik die Spielregeln des globalen Kapitalismus bestimmen.

Höhere Militärausgaben

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Zu einer starken Währung gehört nämlich ein starkes Militär zwecks Sicherung der Dominanz. Aus diesem Grund unternehmen die alt-europäischen Regierungschefs im Moment verstärkte Anstrengungen zum Aufbau einer schlagkräftigen Armee. Bei einem Treffen in Brüssel wollten Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland sich in der Abschlusserklärung zunächst sogar verpflichten, den Militärhaushalt ihrer Länder binnen der nächsten zehn Jahre zu verdoppeln; nur politische Opportunität hielt sie von der Aufnahme dieses Passus' in das Kommuniqué ab. Wo das Geld dafür herkommen soll, weiß Schröder schon. Die Notwendigkeit des Kahlschlag-



programm »Agenda 2010« begründete er nicht zuletzt mit höheren Militärausgaben wegen

»unsere(r) Verantwortung für ein starkes Europa und damit für seine Rolle in der Welt«. Damit die Bundeswehr gemeinsam mit dem Militär anderer Nationen diese »Verantwortung« tatsächlich auch über alle Grenzen wahrnehmen kann, hat Verteidigungsminister Peter Struck neue »Verteidigungspolitische Richtlinien« erlassen. »Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen«, heißt es darin.

Andererseits sind alte und neue Welt wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Zehn Prozent aller bundesdeutschen Exporte gehen in die USA. Europäische Konzerne hatten an den anno 2000 in den Vereinigten Staaten getätigten Investitionen einen Anteil von 75 Prozent. Ihr Wert belief sich auf 835 Milliarden Dollar. Bei Siemens,

Daimler & Co. stehen sieben Millionen Nordamerikaner unter Vertrag; Umgekehrt arbeiten in Europa sechs Millionen Menschen für US-Konzerne. Der Leverkusener Chemiemulti Bayer macht zum Beispiel fast ein Drittel seines Umsatzes in den Vereinigten Staaten. Um den fürchtete er ebenso wie die anderen bundesdeutschen Unternehmen angesichts der Krise der transatlantischen Beziehungen. Firmen wie Treif Maschinenbau und Krauss-Maffei gaben ihr schon die Schuld für den Verlust von US-amerikanischen Staatsaufträgen.

Schröder zur Ordnung gerufen

Prompt meldete sich Dieter Hundt als Präsident der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit einem offenen Brief zu Wort, der einen Antikriegsaufruf von Künstlern und Intellektuellen scharf kritisierte. »Erschütternd« fand es der Ober-»arbeitgeber«, wie die Autoren des Demonstrationsaufrufs einen demokratisch gewählten Staatschef gegen einen Diktator, der sein eigenes Volk unterdrückt, (...) ausspielen wollen«. Auch der Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Stefan Baron, rief die Nation zu den Waffen. Und Daimler-Chrysler-Chef Jürgen Schrempp griff direkt zum Telefonhörer, um Gerhard Schröder auf sein geschäftsschädigendes Verhalten aufmerksam zu machen. Im Gegensatz zum Bundeskanzler erhielt er eine Audienz bei Bush - er nutzte perfiderweise seine Tätigkeit bei einer AIDS-Initiative als Türöffner und eruierte vornehmlich die Chancen, mit Tausenden Daimler-LKW ins irakische Wiederaufbaugeschäft zu kommen.

Im Interesse der Wirtschaft ruderte die Bundesregierung plötzlich zurück. Schröder & Co. nutzten alle diplomatischen Kanäle zur Deeskalation des Konflikts. Eifrig buhlten sie um Visiten US-amerikanischer Politiker. Und einige kamen wirklich. Bushs Handelsbeauftragter Robert Zoellick brachte zwar ein »tiefes Gefühl von Enttäuschung und Traurigkeit« über die verweigerter Waffenbrüderschaft zum Ausdruck, verlor darüber aber nicht seinen Geschäftssinn. »Es gibt keinerlei Zweifel, daß eine weitere enge Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse ist«, sagte er und versicherte, niemand denke an ein Einfrieren der Handels- und Wirtschaftskontakte (Frankfurter Rundschau, 3.5.03). Neben Wolfgang Clement und Renate Künast traf er auch Ludolf von Wartenberg. Dieser wird in dem

Gespräch die Chancen für die alte Irak-Connection unter den neuen Bedingungen ausgekundschaftet haben. Mitte Mai schließlich flog Minister Clement mit Managern zahlreicher Konzerne zum ökonomischen Friedensgipfel nach Washington, den der BDI gemeinsam mit der bundesdeutschen Botschaft in den Vereinigten Staaten und der US-Handelskammer organisiert hat - auch ein Gespräch mit Vizepräsident Dick Cheney sprang dabei heraus. Der Leverkusener Chemiemulti Bayer, der den Wahlkampf von George W. Bush mit 200000 Dollar unterstützt hatte, kann sich mit den Kriegszielen des US-Präsidenten unschwer identifizieren. Der Zugang zu billigem Öl liegt ebenso im Interesse des Pharmariesen wie die Aussicht darauf, mittelfristig das Preiskartell der OPEC zu brechen. Wie kaum ein anderer Industriezweig ist die Chemiebranche auf den kostbaren Rohstoff angewiesen. Sie braucht ihn zur Herstellung von Kunststoffen, Pestiziden, Farbstoffen und Fasern. Nicht einmal die Aspirinproduktion kommt ohne ihn aus. 100 Kilogramm Erdöl benötigt Bayer für 11500 Tabletten. Da fallen höhere Beschaffungskosten extrem ins Gewicht. Auch Bushs Plan einer Freihandelszone im Nahen Osten dürften die Chemiemanager gutheißen.



Vielleicht wirft das Irak-Geschäft ja auch bald wieder mehr Profit ab. Die FAZ verspricht schon »blühende Landschaften«: »Der Irak wird in den kommenden Jahren ein Wachstumsmarkt sein, wie ihn der Nahe Osten noch nicht erlebt hat«, frohlockt das Blatt in dem »Runderneuerung einer Wirtschaft« überschriebenen Artikel (FAZ, 16.5.03). Somit scheint der Irak-Krieg ein Musterbeispiel für das zu sein, was der Ökonom Joseph Schumpeter »schöpferische Zerstörung« genannt hat. Und weite-

informationszentrum 3. welt

iz3w-Aboauftrag
 Ich abonniere die iz3w ► blätter des informationszentrums 3. welt
 Jahresabo € 32,-
 Jahresabo ermäßigt (Studierende etc.) € 26,-
 Abo im Ausland: Europa plus € 4,- und Übersee plus € 20,- Porto/Jahr
 Förderabo ab € 52,- pro Jahr
 kostenloses Probeheft

Name: Straße:
 PLZ/Ort: Unterschrift:

► Einzugsermächtigung für das iz3w:
 BLZ: Kreditinstitut:
 Konto-Nr.: Unterschrift:

An: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg / per Fax: 07 61 - 70 98 66

Rückantwort ►

iz3w
 informationszentrum 3. welt
 Postfach 5328
 D-79020 Freiburg

www.iz3w.org

Spenden für das iz3w

Die Arbeit des iz3w (Zeitschrift, Bücher, Archiv, Veranstaltungen usw.) ist ohne Spenden nicht aufrecht zu erhalten. Wir bitten daher alle, denen die unabhängige Stimme des iz3w etwas bedeutet, uns eine (steuerabzugsfähige) Spende zukommen zu lassen. Überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das Konto der

Aktion Dritte Welt e.V. bei der Postbank Karlsruhe Kto.Nr. 1482 39-755, BLZ 66010075, Verwendungszweck: Spende für ADW e.V. Bitte geben Sie beim Verwendungszweck auch Strasse, Hausnummer, PLZ und – falls der Platz reicht – auch den Ort an, damit wir Ihnen zum Jahresende eine Bescheinigung für das Finanzamt zuschicken können. Auf Wunsch schicken wir gerne vorbereitete Überweisungformulare zu.

Wer das iz3w kontinuierlich unterstützen möchte, kann ein Förderabo einrichten lassen (ab € 52,-). Informationen unter: Telefon 07 61 - 7 40 03

re Interventionen zeichnen sich bereits ab, zur Zeit genannt werden u.a. Syrien, Kolumbien, Iran und Indonesien.

Krieg und Wirtschaft - ein Paar

Grundsätzlich verabschieden sollte man sich von der idealistischen Vorstellung, daß Gewalt und Zerstörung »eigentlich« modernitätsfeindlich und unproduktiv sind - sozusagen die irrationale Seite des Kapitalismus darstellen, die es von seinen rationalen Formen wegzunehmen gelte. Denn das Gegenteil ist der Fall: Zerstörung und Krieg gehören elementar zur Entwicklung der Wirtschaft, ihrer Modernisierung und des »Fortschritts« allgemein. Denn der Kapitalismus stellt kein starres System dar. Vielmehr werden darin ständig alte Formen der Reproduktion von Gesellschaft und Leben zertrümmert, um den schöpferischen und wertschöpfenden Zugriff neuer technologischer, arbeitsorganisatorischer, sozialstrategischer und kultureller Formen zu ermöglichen - auf die Spitze getrieben jüngst durch »Patente auf

Leben«, welche sogar die Aneignung der elementarsten Lebensgrundlagen ermöglichen. Der Krieg hat dabei im globalen Maßstab eine ähnliche Funktion wie die Zertrümmerung des Sozialstaats im nationalen Rahmen.

So sehen es auch die Vertreter der amerikanischen »New Growth«-Theorie. M. Abramovitz und Mancur Olson beschreiben den Krieg als »grundbereinigende Erfahrung, die den Weg für neue Männer, neue Organisationen, neue Verfahrens- und Handelsformen eröffnet, die das technologische Potential besser zur Geltung bringen«.2 Mancur Olson war und ist Berater der amerikanischen und vieler anderer Regierungen, die sich nicht daran stoßen, daß er die Produktivität des Naziregimes in seinen »grundbereinigenden Modernisierungsfunktionen« lobt, da sie den Boden für die postnazistische Leistungsgesellschaft vorbereitet hätten.3

Die Entwicklung im Irak wird demnach ähnlich verlaufen wie seinerzeit in Jugoslawien. Der »Balkan-Stabilitätspakt« baute auf der Zerstörung der alten Staatlichkeit auf, indem er Zollhoheit, eine eigenständige

Währung und eine nationale Industriepolitik abschaffte. Auf ähnliche Weise werden die Strukturen der künftigen irakischen Wirtschaft von den Siegermächten vorgegeben werden. Gleichzeitig werden neue, aus den blutigen Kriegen hervorgebrachte gewalttätige Gruppen (wie die UCK im Kosovo) zu regionalen Subeliten des neuen Wirtschaftsgefüges aufgebaut - in Kooperation mit den NGOs als Stoßkeilen transnationaler Zivilgesellschaft.

Die europäischen Multis werden in ihrer »Außenpolitik« gegenüber den Vereinigten Staaten zwischen kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Zielen abwägen müssen. Der Konfrontationskurs anlässlich des Irakkriegs wird daher wohl zunächst zurückgefahren werden. Ob der Grad von Beeinflussung und Integration zwischen den USA und Europa dabei groß genug sein wird, daß die Spannungen nicht unmittelbar in einen imperialistischen Konflikt münden, wird die Zukunft zeigen. Zu konstatieren ist aber zunächst einmal ein forciertes Auseinanderdriften der kapitalistischen Blöcke und ein Sieg der amerikanischen Seite bei der Auseinandersetzung um den Irak.

- 1 Detlev Hartmann, Ökonomie des Krieges, alaska, Nr. 239
- 2 Vgl. M. Abramovitz: Catching Up, Forging ahead and Falling Behind, J.ofEc.Hist 1986, S. 385, hier: 389
- 3 M. Olson, The Rise and Fall of Nations, New Haven 1982

Autor: Udo Hörster

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.
 CBGnetwork@aol.com
 www.CBGnetwork.de
 Tel: 0211-333 911
 Die Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. erhält keinerlei offizielle Unterstützung. Der Verein ist auf Spenden angewiesen.
 Bankverbindung: Kto 179612 bei Ökobank Frankfurt, BLZ: 500 901 00

Dieser FUI-Ausgabe liegt der CBG-Materialkatalog 2004 bei.

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

Bitte schick mir jeweils ein Exemplar (4,-EUR/Jahr) 10 Exemplare (10,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schick das grüne blatt bitte an:

Name _____

Anschrift _____

Ich will Abo !!!

grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

Metro, Bayer und Monsanto planen Gentech-Kampagne

Greenpeace ist ein brisantes internes Papier des Metro-Konzerns zugespielt worden. Aus dem Dokument geht hervor, dass das größte deutsche Handelsunternehmen gemeinsam mit den Gentechnik-Multis Monsanto und Bayer eine Kampagne für Gen-Nahrung plant. Bei dem Papier handelt es sich um das Protokoll eines Treffens vom 15. September zwischen Metro, Monsanto, Bayer, dem Lobbyverband Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde sowie zwei Werbeagenturen.

Metro weigert sich, einen Verzicht auf gentechnisch veränderte Nahrungsmittel auszusprechen. Gemeinsam mit Bayer und Monsanto, den weltweit größten Anbietern von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, sollen nun weitere Unternehmen für eine Kampagne gewonnen werden. Wörtlich heißt es in dem Protokoll: "Vor diesem Hintergrund besteht die Strategie darin,



neben Tengelmann und Aldi einige namhafte Markenartikelunternehmen für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen."

Die in dem Lobbyverband „Agricultural Biotechnology in Europe“ zusammengeschlossenen Gentech-Unternehmen wollen zudem schnellstmöglichst ein Konzept erarbeiten, wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine zielführende Kommunikation zum Verbraucher aufgebaut werden kann". In einem weiteren Schritt sollen große europäische Handelsunternehmen angesprochen werden.

"Metro macht sich zum Handlanger der Gen-Industrie und täuscht seine Kunden", erklärt Alexander Hissting, Gentechnik-Experte von Greenpeace. "Wir fordern von der Geschäftsführung eine öffentliche Klarstellung mit einem klaren Nein zu Genfood." Noch im September hatte Metro verlautbart, der Konzern werde auch in seinen Eigenmarken, wie zum Beispiel Tip, "Gentechnik

im Lebensmittelbereich nicht gegen den Verbraucher oder am Verbraucher vorbei durchsetzen".

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: "Mit Hilfe weltweit arbeitender Erbeigentümer plant die Gentechnik-Industrie eine Gehirnwäsche der Verbraucher." Mimkes fordert, dass die Bundesregierung den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut bis auf weiteres nicht zulässt. "Bis heute sind die langfristigen Risiken gentechnisch veränderter Nahrungsmittel vollkommen unerforscht. Die wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Konzerne dürfen nicht über die Gesundheit von Millionen Verbrauchern gestellt werden."

Der Bayer-Konzern ist seit der Übernahme der Aventis CropScience AG der größte europäische Anbieter gentechnisch veränderter Pflanzen. Das Unternehmen sitzt in den Startlöchern, um modifizierte Getreidesorten, Raps, Mais und Soja auf den Markt zu bringen. Monsanto ist der größte amerikanische Anbieter von Gen-Saatgut.

Coordination gegen BAYER-Gefahren
CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.de
Tel: 0211-333 911
Fax 040-3603 741835

Stasi-Mitarbeit Wallraffs von Industrie herbei fantasiert?

"Chemiewaffen-Forschung bei BAYER kein Hirngespinnst"

Günter Wallraff wird vorgeworfen, im Auftrag der Stasi die Bundesrepublik Deutschland verleumdet zu haben. So behaupten die "Stasi-Experten" Hubertus Knabe und Prof. Manfred Wilke, Wallraff hätte Berichte über Chemiewaffen "herbeiphantasiert", um den "Industriestandort Deutschland zu schwächen".

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG) weist darauf hin, dass die von Wallraff kritisierte Firma BAYER jahrzehntelang Chemiewaffen-Forschung betrieben hat. Axel Köhler-Schnura, Vorstandsmitglied der CBG: "Die im Zusammenhang der Rufmord-Kampagne gegen Günter Wallraff in Frage gestellte Beteiligung des BAYER-Konzerns an Entwicklung und Herstellung chemischer Waffen ist weder ein Hirngespinnst noch eine Erfindung der Stasi." Köhler-Schnura führt mehrere Beispiele an:

- BAYER war während des Vietnam-Kriegs an Entwicklung und Produktion von AGENT ORANGE beteiligt. Die Produktion des Giftstoffs erfolgte bei der gemeinsam von BAYER und MONSANTO gegründeten Firma MOBAY.

- Mehrere Firmen entwickelten in den 50-er Jahren Pestizide, die auch als sogenannte VX-Chemiewaffen eingesetzt werden können. BAYER hat 1957 unter der deutschen Patent Nr. 3014943 und 1961 unter der amerikanischen Patent Nr. 3014943 eine Substanzklasse schützen lassen, die bis heute von den US-Streitkräften als VX-Kampfgas verwendet wird.

- Nach Aussage des Toxikologen Prof. Max Dauderer verfügt BAYER über das weltweit größte Wissen über tödliche Wirkungen von Chemikalien.

- Jahrelang wurde die Bundesrepublik Deutschland bei den Genfer Verhandlungen zur Abschaffung von Chemiewaffen von dem BAYER-Direktor Prof. Hoffmann vertreten.

- BAYER hat im ersten und zweiten Weltkrieg intensiv an Chemiewaffen geforscht. Der Erfinder von chemischen Kampfstoffen auf Phosphorsäureester-Basis (SARIN, TABUN), Dr. Gerhard Schrader, leitete bis in die 60-er Jahre die BAYER-Pestizidabteilung.

Diese Vorwürfe wurden von der Coordination gegen BAYER-Gefahren auch auf der BAYER-Hauptversammlung vorgebracht. Trotz ausdrücklicher Aufforderung hat das Unternehmen diese Aussagen nie gerichtlich angefochten.

Morsleben: Was kommt nach der Stilllegung?

Bisher von den meisten Menschen unbeachtet stehen zum ehemaligen DDR-Atomüllendlager Morsleben, das auch von der BRD-Regierung bis Ende der 90er noch genutzt wurde, wichtige Entscheidungen an. In dem nahe Helmstedt liegenden Schacht Bartensleben eines alten Salzbergwerks wurden zehntausende Kubikmeter radioaktiven Materials eingelagert. Anfang der 90er entstand eine Protestbewegung gegen die Atomüllkippe, die in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten mit dem niedersächsischen Gorleben aufweist. Dieser Protest bewirkte nach vielen Klagen, Aktionen und viel Öffentlichkeitsarbeit die endgültige Beendigung der Einlagerung von Atomüll in Alt-Morsleben. Das Verfahren zur Stilllegung läuft nun seit Jahren, in der nächsten Zeit ist mit dem Beginn des öffentlichen sogenannten Beteiligungsverfahrens zu rechnen.

Viele der Befürchtungen von AtomkraftgegnerInnen haben sich beseitigt: es gibt unzählige Tropfstellen, große Deckenteile stürzten bereits ein. Bis heute weiß niemand genau, wieviele Hohlräume der Salzstock eigentlich hat (was eine Gefahreneinschätzung schwer macht usw.). Die dadurch bedingte Unsicherheit des Atomülllagers war auch der Grund für die Bereitschaft des Bundesamts für Strahlenschutz als Betreiber endgültig auf weitere Einlagerungen zu verzichten. Nun soll das Endlager verschlossen werden. Im nicht für radioaktive Abfälle genutzten Zentralteil laufen bereits erste Verfüllungen zur „Gefahrenabwehr“, da mit weiteren Einstürzen zu rechnen ist. Die wichtigste Frage scheint aber niemand ernsthaft zu stellen.



Was wird aus dem Atomüll in dem nun auch betreiberseitig als unsicher angesehenen Salzstock? Neben dem sofortigen Einlagerungsstopp hatte die Anti-Atom-Bewegung gefordert, den Müll wieder herauszuholen, weil er unkontrolliert Kontakt mit der Umwelt erhalten könnte. Die Grundidee der Endlagerung in Salzstöcken ist es, dass das Salz mit der Zeit den Atomüll komplett umschließt und damit von der Außenwelt abtrennt. Die Gefahr, dass das Material in

Kontakt mit grundwasserführenden Schichten kommt, ist trotzdem vorhanden. Durch die nicht rückholbare Form der Endlagerung ist aber auch eine Überwachung des Mülls kaum noch möglich, so dass im Fall der Fälle eine Reaktion auf solche Geschehnisse erst sehr spät machbar wäre.

Unabhängig davon, dass es für radioaktives Material keine wirklich sichere Endlagerungslösung geben kann, weswegen die diesen Müll produzierende Atomenergienutzung sofort beendet werden müsste, stellt sich eine entscheidende Frage. Ist es besser, den Müll unkontrolliert, aber erstmal abgeschlossen in Morsleben zu lassen, oder kontrolliert, aber ebenso ohne Entsorgungslösung oberirdisch zu lagern? Ersteres ist ein gefährliches Erbe für spätere Generationen (oder schon für uns junge Generation - je nachdem, wann ein Gefahrenfall eintritt), letzteres technisch und finanziell nur mit riesigem Aufwand durchführbar. An dieser Stelle ist es

wichtig, wieder öffentlichen Druck aufzubauen, zu informieren und zu verhindern, dass Morsleben klammheimlich zugeschüttet wird, nachdem die erst die weitere Einlagerung beendet wurde. Morsleben hatte in der Anti-Atom-Bewegung

nie eine Bedeutung wie Gorleben oder Ahaus. Es handelt sich hier nicht (abgesehen von einigen Cobaltquellen) um hochradioaktiven, sondern um mittel-radioaktiven Atomüll. Trotzdem wäre es wichtig, auch in diesem Feld wieder aktiv zu werden. Deshalb laden wir zum **20./21. März 2004** zu einem Treffen nach Magdeburg ein.

Alle Leute, die einst um Morsleben aktiv waren, oder jetzt wieder werden wollen, sind dazu eingeladen. Wir wollen uns dort vernetzen, über Ideen für weitere Aktivitäten sprechen und uns über den Stand und Ablauf des öffentlichen Beteiligungsverfahrens informieren. Bitte meldet euch bei uns an, damit wir das Wochenende vorbereiten können. Falk

Greenkids Magdeburg e.V.
Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg
Tel: 01 62-78 68 204
mail@greenkids.de

Das EEG lesen Sie in der Bundesdrucksache 14/2776 ... Was es bedeutet, lesen Sie bei uns!

Alle 14 Tage neu: Der Newsletter **UMWELT** kommunale ökologische Briefe



Fordern Sie gleich ein kostenloses Probeabo an!

Schicken Sie den Coupon bitte an:
UmweltBriefe, Raabe Fachverlag
Kaiser-Friedrich-Str. 90, D-10585 Berlin
Fon 030/212987-23 Fax 030/212987-20
E-mail UMWELTBRIEFE@raabe.de
Internet <http://www.umweltbriefe.de>

Ja, senden Sie mir die nächsten drei Ausgaben von **UMWELT** kommunale ökologische Briefe kostenlos zu. Wenn Sie eine Woche nach Erhalt des letzten Freixemplars nichts von mir hören, bestelle ich bis auf weiteres, mindestens aber für ein Jahr, **UMWELT** kommunale ökologische Briefe. Der Jahresbezugspreis für ein Abonnement (26 Ausgaben) beträgt 203,82 €, ermäßigt 102 €, zzgl. Versandkosten.

Name: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____
Datum: _____ Unterschrift*): _____
Ich bin/wir sind berechtigt, die Bestellung des Abonnements ohne Angaben von Gründen innerhalb einer Woche nach Erhalt der drei Freixemplare in schriftlicher Form zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Poststempel).
Datum: _____ Unterschrift*): _____
*) Bitte an beiden Stellen unterschreiben!

Prozesserklärung eines Anti-Atom-Aktivisten von Robin Wood

Am 17.06.2003 fand vor dem Lüneburger Landgericht der Berufungs-Prozess gegen Tobias Leußner, einen Anti-Atomkraft-Aktivisten von Robin Wood statt. Er wurde schon 2002 vom Amtsgericht Lüneburg der Nötigung und der Störung öffentlicher Betriebe schuldig gesprochen. Da Tobias bei seiner Anket-Aktion von Beamten des Streckenschutzes misshandelt und verletzt wurde, er jedoch bisher auf Anklage gegen ebendiese Beamten verzichtet hatte, sei eine Einstellung des Verfahrens laut Anwalt angebracht. Der Staatsanwalt stellte jedoch klar, dass er grundsätzlich keiner Einstellung mehr zustimmen wolle bei Aktionen, die Castor-Transporte gestoppt haben.

Der Richter war davon ausgegangen, den Prozess kurz abzuhandeln, da für ihn die Sachlage geklärt sei. Er stellte sich eine Verurteilung wegen "Störung öffentlicher Betriebe" mit geringe Strafmaß vor. Tobias

und sein Anwalt ließen sich darauf allerdings nicht ein, sondern wollten die Ange-



legenheit nun gründlich geklärt wissen - inklusive der Misshandlungen.

Der Angeklagte wollte an diesem Tag noch keine Aussage zur Sache machen, das allerdings später nachholen. Sein Anwalt kri-

tisierte die Anklageschrift als zu unpräzise (Wer soll wie genötigt, welcher Verkehr wie gestört worden sein?). Der Staatsanwalt jedoch blieb bei seinen Vorwürfen. Nach 40 Minuten wurde der Prozess ausgesetzt und die Verhandlung geschlossen. Am 10. September 2003 wurde die Verhandlung fortgeführt, Tobias konnte seine Prozesserklärung vortragen. Da sie in recht kurzer Form die entscheidendsten Gründe für den Protest gegen die Nutzung der Atomkraft im Allgemeinen und gegen die

Castor-Transporte im Speziellen aufzeigt, soll sie hier in Auszügen wiedergegeben werden. Der ausführliche Text ist zu finden unter www.umwelt.org/robin-wood/german/prozess/ptobias2.htm.

Prozesserklärung von Tobias Leußner

Lüneburg, den 10.9.2003

Hohes Gericht, sehr geehrte Damen und Herren,

ich wurde in letzten Jahr vom Amtsgericht Lüneburg in erster Instanz verurteilt, einen Menschen mit Gewalt genötigt und einen öffentlichen Betrieb gestört zu haben.

Hintergrund dieser Vorwürfe ist eine symbolische Protestaktion am 27. März 2001, die sich gegen einen Transport von Castor-Behältern aus La Hague nach Gorleben sowie im Allgemeinen gegen die weitere Nutzung der Atomenergie richtete.

Ich gehe in dieses Berufungsverfahren, weil ich das erste Urteil als eine überzogene und völlig ungerechtfertigte Kriminalisierung von politischem Protest halte.

Ich möchte hier zunächst Stellung nehmen, erstens zu dem Ablauf der angeklagten Aktion, zweitens zu meiner Motivation, dies zu tun und drittens zur rechtlichen und politischen Bewertung.

Konkreter Ablauf der Aktion:

Ich habe mich [...] im Rahmen der [Anti-Castor-] Proteste am Abend des 27. März gegen 19.15h zur Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg begeben [... und mich mit einem Stahlrohr an den Schienen] festgekettet, so dass ich auf dem Bauch im Gleisbett lag.

Nach kurzer Zeit wurde ich von Polizeibeamten einer Einheit aus Biberach aufgefordert, das Gleis zu verlassen [..., was ich natürlich nicht konnte]. Die Beamten haben

daraufhin zunächst heftig an mir gezerrt, um mich gewaltsam aus dem Rohr herauszuziehen. Dies war selbstverständlich nicht erfolgreich [...] führte jedoch zu Verletzungen an meinen Unterarmen. Anschließend wurde ich von den Polizeibeamten über längere Zeit misshandelt, offenbar in der falschen Annahme, mich durch Zufügung von Schmerzen zur Aufgabe zwingen zu können. Dabei wurde weiter heftig an mir gezerrt, auf mich eingeschlagen, die Arme verdreht, soweit dies möglich war, durch Anwendung diverser schmerzhafter Hebelgriffe wurde mein Kopf nach hinten gezogen. Schließlich bekam ich, offenbar von einem anderen Beamten, einen heftigen Tritt in die linke Körperseite. Resultat dieser Misshandlungen waren im wesentlichen Prellungen, großflächige Blutergüsse vor allem an den Armen, Rücken- und Schulterprobleme, eine schwere Distorsion der Halswirbelsäule sowie eine Thoraxprellung. Ich war

dick angezogen, was mich sicherlich etwas vor noch schwereren Verletzungen geschützt hat.

Ein anwesender Journalist, der den Vorfall beobachtet und fotografiert hatte, wurde abgedrängt und seine Kamera geöffnet, um den Film zu zerstören. Eine weitere anwesende, als Sanitäter kenntliche Person, wurde ebenfalls abgedrängt, es wurde nicht zugelassen, mich mit einer Rettungsdecke zu schützen

[Schließlich entschlossen sich] Techniker des BGS [...] die Schiene aufzutrennen, so dass ich mit dem Stahlrohr vom Gleiskörper gezogen werden konnte [...]

Motivation:

Ziel der Aktion war es, ein öffentlich wahrnehmbares Zeichen gegen die Nutzung der Atomkraft zu setzen und sich dafür dem Castortransport - als Teil des kritisierten Systems von Energieerzeugung - symbolisch entgegenzustellen.

Ich habe mich über längere Zeit, unter anderem auch in meinem Studium der Verfahrenstechnik, mit der Atomkraftnutzung befasst. Dabei musste ich erkennen, dass die Technologie der Stromerzeugung durch Kernspaltung auf den unterschiedlichsten Ebenen mit verschiedenen Unwägbarkeiten, Risiken und Gefahren verbunden ist. Die verschiedenen Gefahrenpotentiale will ich im folgenden jeweils nur kurz ansprechen, es ist jedoch sehr wichtig, die Atomtechnik als Gesamtsystem zu betrachten, um sie auch qualifiziert mit anderen Energieerzeugungstechniken vergleichen zu können.

Die Stromerzeugung in den knapp 20 Atomkraftwerken deckt etwa 11% des gesamten deutschen

Energiebedarfs. Es ist allgemein betrachtet schon bemerkenswert, welcher technische, politische und rechtliche Aufwand getrieben wurde und wird, um diesen geringen Beitrag weiter aufrechtzuerhalten.

Die technische Nutzung der Kernspaltung beginnt mit der Gewinnung und Aufbereitung von Uran. Dies erfolgt in aufwändigen Anlagen [...- erhebliche Mengen radioaktiven Materials bleiben zurück]. Diese Abfälle werden auf riesigen Halden [oft in Ländern mit geringen Umweltstandards] ab-

gelagert und stellen dort eine erhebliche Landschaftszerstörung [...dar]. Hier wird von den Betreibern deutscher Kraftwerke eine weltweite radioaktive Verseuchung bewusst in Kauf genommen. Wenn von den Betreibern nun gleichzeitig der günstige Preis für Kernbrennstoffe als Vorteil herausgestellt wird, ist schnell klar, wie dort mit Verantwortung umgegangen wird.

Der nächste bemerkenswerte Schritt ist die Anreicherung des Natururans auf nutzbare Konzentrationen von spaltbarem Uran 235. Dies erfolgt unter anderem in der Uran-Anreicherungs-Anlage im westfälischen Gronau. Dazu wird das radioaktive Material in Uranhexafluorid umgewandelt. [... Dabei kann aggressive Flussäure entstehen, anfallendes Uran 238 wird in konventionellen Waffen verarbeitet und so auf der Welt ausgesetzt - ganz zu schweigen davon, dass das Uran auch bis hin zu atomwaffentauglichem Material angereichert werden kann].

Über den Betrieb der Atomkraftwerke und deren Pannen wird immer wieder viel berichtet. Ich möchte dazu als Ingenieur einige Anmerkungen machen:

Eine Anlage, die durch Kernspaltung Strom erzeugt, ist ein sehr komplexes technisches System. Es wurde beim Bau und Betrieb der Kraftwerke ein immenser Aufwand für Sicherheitseinrichtungen getrieben. Das zeigt jedoch eigentlich vor allem, wie viele Möglichkeiten zum Versagen des Systems bestehen. Je komplexer eine technische Anlage ist, desto schwerer ist es, sie zu durchschauen und abzusichern. Ein Grundsatz, den ich im Studium gelernt habe, ist, dass es niemals 100%ige Sicherheit [geben kann, wie ja auch die vielen Pannen und Unfälle in deutschen Atomkraftwerken gezeigt haben].

[...] Für eine realistische Analyse des tatsächlichen technischen Betriebsrisikos muss also zu jedem möglichen Fehler der größte anzunehmende Folgeschaden betrachtet werden. Der besteht bei einem Kernkraftwerk auch nach relativ kleinen und kurzfristigen Fehlfunktionen darin, dass die Kettenreaktion der Kernspaltung außer Kontrolle gerät mit der Folge einer Freisetzung des gesamten radioaktiven Inventars in die Umwelt. Ein solcher Unfall

[...hätte nahezu unvorstellbare Auswirkungen auf die Umwelt]. Es wären ganze Staaten auf unabsehbare Zeit völlig wirtschaftlich ruiniert, vom Leiden der direkt Betroffenen gar nicht zu sprechen.

Technische Anlagen zu betreiben, die ein solches Schadenspotential bergen, halte ich grundsätzlich für unverantwortlich. Jedoch dieses Risiko - sei die Wahrscheinlichkeit auch noch so gering - prinzipiell Tag für Tag einzugehen für eine 11%ige Energieerzeugung in einem verschwenderischen System, ist schon ziemlich absurd.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der radioaktive Abfall, der unvermeidbar beim Betrieb der Atomanlagen entsteht [...]. Er muss dauerhaft sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden.



[...] Bisher gibt es kein Endlager für hochradioaktive Stoffe, es gibt noch nicht einmal festgeschriebene Kriterien, die ein solches Lager erfüllen müsste. Stattdessen wird einerseits z.B. im Salzstock Gorleben planlos geforscht und Geld verbuddelt, um behaupten zu können, man arbeite an einer Lösung. Andererseits wird der vorhandene Müll zwischengelagert, transportiert und bearbeitet, um ebenfalls Aktivität vorzutauschen und vor allem Zeit zu gewinnen. [...] Die Atomgesetzgebung akzeptiert die Wiederaufbereitung und Zwischenlagerung als "schadlose Verwertung der Abfälle", woran die Betriebsgenehmigungen der Kraftwerke geknüpft sind. Als Ingenieur, der sich beruflich mit Abfallrecycling befasst, verstehe ich unter "schadloser Verwertung" etwas deutlich anderes als die hier praktizierte Verschieberei.

[...] Ein Teil der radioaktiven Stoffe, insbesondere die gasförmigen und flüssigen, werden bei der Wiederaufbereitung bewusst in die Umwelt abgeleitet. Die Meere rund um La Hague und Sellafield sind stark radioaktiv belastet, die Wiederaufbereitung ist neben dem Uranabbau die zweite wichtige Quelle für die planmäßige, unverantwortliche radioaktive Verseuchung der Umwelt.

[...] Ich bestreite nicht die Notwendigkeit, diesen in Deutschland produzierten Müll zurückzunehmen. Jedoch sind Transporte zum jetzigen Zeitpunkt und an den jetzt vorgesehenen Ort wiederum rein politisch motiviert, um nämlich einerseits in Gorleben



Sachzwänge für die Errichtung eines Endlagers zu schaffen, andererseits um den Weg frei zu machen für weitere Transporte nach Frankreich zur Fortsetzung der Wiederaufbereitung. Neue Transporte erfolgten ja auch prompt wie erwartet wenige Wochen nach dem März 2001. Die beiden genannten Aspekte zeigen, dass auch hiermit die Betriebsgenehmigung der AKWs aufrechterhalten wird. Deshalb sind gerade die Transporte von hochaktivem Müll eine Achillesferse im System der Atom-müllverschieberei.

Um die genannten Aspekte zur Nutzung der Atomenergie im heute bestehenden beziehungsweise in einem für die Zukunft wünschenswerten System der Energieerzeugung umfassend bewerten zu können, müssen die Chancen und Risiken der Atom-Technologie mit allen anderen zur Verfügung stehenden Techniken verglichen werden.

[...] Der Verein deutscher Ingenieure hat dazu 1991 eine Richtlinie "Technikbewertung" (VDI 3780) herausgebracht, in der Grundlagen für eine verantwortungsvolle Technikgestaltung beschrieben werden. Ich möchte im folgenden zitieren aus einer Broschüre des VDI mit dem Titel "Ethische Grundsätze des Ingenieurberufs" vom März 2002:

"Ingenieurinnen und Ingenieure sind sich der Einbettung technischer Systeme in gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Zusammenhänge bewusst und berücksichtigen entsprechende Kriterien bei der Technikgestaltung, die auch die Handlungsbedingungen zukünftiger Generationen achtet: [...] Sicherheit, Gesundheit, Umweltqualität. Grundsätzlich orientieren sie sich bei der Gestaltung von Technik daran, die Bedingungen selbstverantwortlichen Handelns in der Gegenwart und Zukunft zu erhalten. Insbesondere sind alle Handlungsfolgen



zu vermeiden, die sich zu Sachzwängen (Krisendruck, Amortisationszwängen) entwickeln und nur noch bloßes Reagieren erlauben.



[...] Es ist mit dem heutigen Stand der Technik möglich, in Deutschland und weltweit ein System der Energieversorgung aufzubauen, das ausschließlich auf einem Mix aus regenerativen Energiequellen und effizienter Energienutzung basiert.

Der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken und auch der fossilen Großkraftwerke dient damit ausschließlich dem kurzfristigen Profit der Betreiber auf Kosten der Allgemeinheit und der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen.

Wenn ich also die verschiedenen Technologien zusammenfassend bewerte, kann die klare und eindeutige Forderung nur lauten:

Sofortiges Ende der Atomkraftnutzung!

Es war mir natürlich klar, dass [meine] symbolische Aktion, wie ich sie durchgeführt habe, weder diesen Castortransport verhindern noch sofort die Atomkraftnutzung beenden würde. Ziel war es vielmehr, möglichst effektiv auf die bestehenden Gefahren und Probleme öffentlich hinzuweisen und damit politische und gesellschaftliche Diskussionen über diesen Themenkomplex weiter zu beleben[...].

Bewertung der gewählten Aktionsform

Im Vorfeld des Transportes wurde ein rechtlich zumindest fragwürdiges - Demonstrationsverbot ausgesprochen, was gezielt zu einer weitgehenden Einschränkung der grundrechtlich geschützten Meinungsäußerung führen sollte. [...] Die behördlich angeordnete und mit polizeilicher Gewalt durchgesetzte Einschränkung der Demonstrationsrechte diente dabei nach meiner Einschätzung nur vorgeblich dem Ziel, irgendwelche "Gewalttaten" zu verhin-

dern. Vielmehr [...wurde alles getan], um eine öffentliche Wahrnehmung der Proteste zu behindern. Damit war dann der gesamte, gigantische Polizeieinsatz mit über 15000 eingesetzten Beamten nicht mehr ein Mittel zur Aufrechterhaltung von "Recht und Ordnung", sondern ein Versuch, direkten staatlichen Einfluss auf die öffentliche politisch-gesellschaftliche Meinungsbildung zu nehmen.

[...] Unter den von der Polizei vorgegebenen Umständen schien es mir geradezu notwendig, trotzdem für eine angemessene öffentliche Wahrnehmung der Proteste zu sorgen. Dafür ist es natürlich notwendig, einen direkten örtlichen und zeitlichen Bezug zum Thema herzustellen. In diesem Fall lautet die zu vermittelnde Botschaft: "Ich stelle mich der

weiteren Atomkraftnutzung entgegen!", dafür stellt der Castor-Zug

ein hervorragendes Symbol dar. Eine solche Botschaft kann ich aber glaubwürdig nur unmittelbar vor dem Transportzug und direkt auf dem Gleis ausdrücken.

Dennoch hat die Aktion rein symbolischen Charakter, denn mir war klar, dass eine einfache Ankettktion den mit massiver Polizeigewalt durchgeführten Castor-transport nicht verhindern würde. Es ist im übrigen auch relativ irrelevant, ob die Behälter mit Atommüll, der Hunderttausend Jahre strahlt, mit einer Verspätung von einer Stunde oder einem Tag im Zwischenlager ankommen.

[...] Es wurde also schon im Vorfeld deutlich, dass während der Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben Demonstrationen [...] ohne vorherige Ankündigung durchgeführt werden müssen - oder sie werden polizeilich verboten und verhindert. Die Verantwortung für eine Entwicklung hin zu nicht-öffentlichen Demonstrationen trägt der Staat, da er öffentliche Protestkundgebungen rigoros unterbindet.

Dies bemerkt auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie in seinem Bericht zum Castor-Transport im März 2001: "Nur gut vorbereitete und riskante Einzelaktionen konnten sich diesem umfassenden Griff (der Polizei, d.A.) punktuell entziehen."



Die Aktionsform, die hier nun angeklagt wird, habe ich bewusst gewählt, weil sie zum Ersten wichtige Kriterien erfüllt, die ich an jede politische Auseinandersetzung stelle: Sie ist gewaltfrei und sie gefährdet keine anderen Menschen. Zum Zweiten schien sie geeignet, [...] öffentliche Wahrnehmung und die Anregung von Diskussionen zur politischen Meinungsbildung, zu erreichen. Das Ziel wurde ja auch - in Verbindung mit vielen weiteren Protestaktionen - gerade beim Castortransport im März 2001 weitgehend erreicht.

[...] Zur Motivation und Legitimation der Aktion in einem allgemeineren gesellschaftlichen Zusammenhang hier noch ein Zitat aus dem so genannten Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

„Demonstrativer Protest kann insbesondere notwendig werden, wenn die Repräsentativorgane mögliche Missstände und Fehlentwicklungen nicht oder nicht rechtzeitig erkennen oder aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen.“

Wie ich versucht habe darzustellen, ist dieses Nichterkennen bzw. Hinnehmen im Themenkomplex der Atomenergienutzung offensichtlich weiterhin in der Politik anzutreffen.

Deshalb bitte ich Sie darum, die hier verhandelte Protestaktion und auch andere vergleichbare gewaltfreie Demonstrationen und Meinungsäußerungen juristisch nicht als gemeingefährliche Straftaten, sondern als legitime Ausübung grundgesetzlich garantierter Rechte zu bewerten.

Vielen Dank.



FUI

Hochschul-Umwelt-Info (HUI)

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) e.V.

Alles für Deine Öko- und Umweltschutzarbeit an der Hochschule und darüber hinaus!

Aktuelle Berichte, Hintergründe, Interviews, (Aktions-) Ideen, Termine, Comics, etc. - erscheint seit 1990

4 Hefte im Jahr mit wechselnden Schwerpunktthemen z.B.:

Erschienen: * 1/00 Expo - No! * 2/00 Verkehr: MoA/AfH * 3/00 Anti-Atom * 4/00 Tauschringe * 1/01 Wirtschaft * 2/01 Gentechnik * 1/02 Gruppen-demonstration * 2/02 Tierschutz * 3/02 Klima * 4/02 Energie * 1/03 Wald
Weiter erscheinen: * 2/03 Mobilität heute * 3/03 Ökologie an Hochschulen * 4/03 Umweltschutz von unten * 1/04 Wasserökologie ...

Die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) ist das Netzwerk von ASten, USten, StuRas, Umweltgruppen, Öko- u. Verkehrsreferaten, Umweltinis und StudentInnen

Wir bieten außerdem: Aks, Seminare, Themenfaltis, spannende Aktivitäten und BundesÖkologieTreffen ...

Ich bin gespannt und möchte:

- Das **FUI-HUI** für Euro 10, -- / Jahr abonnieren
- Heft(e) Nr: _____ für je 2,50 Euro beziehen
- Kostenlos das nächste FUI-HUI als Probeheft
- Infos über die BSÖ e.V. / Themenfaltblätter, Seminareinladungen, etc.
- Bitte schickt mir eine Beitrittserklärung zu !

Schnippsel mit Deiner Adresse (inkl. Telefon und/oder email) ab an:

BSÖ e.V., c/o RefRat HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin
 bsoe@studis.de, <http://www.bsoe.info>
 Tel.: 030/20 93-17 49 (AB) , Fax: -23 96



Abo - Auftrag

Ich möchte die KRITISCHE ÖKOLOGIE regelmäßig beziehen. Bitte senden Sie die KRITISCHE ÖKOLOGIE ab der nächsten Ausgabe an die nachstehende Anschrift:

<p>Vorname, Name _____</p> <p>Straße oder Postfach _____</p> <p>Postleitzahl und Ort _____</p> <p>Telefon, e-mail _____</p> <p>Ort, Datum, 1. Unterschrift _____</p>	<p><input type="checkbox"/> Der Rechnungsbetrag soll jährlich im Voraus von meinem nachstehenden Konto abgebucht werden:</p> <p>Bankverbindung _____</p> <p>Kontonummer und Bankleitzahl _____</p> <p><input type="checkbox"/> Den Rechnungsbetrag zahle ich nach Erhalt der Rechnung</p> <p>Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Frist von 10 Tagen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an das IfaK, c/o KRITISCHE ÖKOLOGIE, Nikolaistr. 15, 37073 Göttingen. Ich bestätige die Kenntnisnahme des Widerrufsrechts durch meine 2. Unterschrift.</p> <p>Ort, Datum, 2. Unterschrift _____</p>
--	--

Bertelsmann-Neubau in Berlin besetzt!

Seit 1994, Gründungsjahr des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), spielt das Unternehmen eine offensive und deutlich erkennbare Rolle in der Diskussion um die



Umgestaltung des öffentlichen Bildungswesens. „Das CHE wurde auf Initiative von R. Mohn am 1. Mai 1994 von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz als *gemeinnützige GmbH* gegründet.“

So steht es in der Organisationsbeschreibung des CHE. Dort ist ebenfalls zu lesen, dass 75% der Gelder (3,2 Mio. E) von der Bertelsmann-Stiftung zur Verfügung gestellt werden. Die Stiftung ist Mehrheits-eigentümerin der Bertelsmann-AG.

(http://www.bertelsmann-stiftung.de/foundation/chronic/chronic_1997.cfm?lan_de&nlid=1041)

Das Problem mit dem CHE liegt somit in der strukturellen Einbindung in das „Unternehmen Bertelsmann-Stiftung“. Wir beobachten hier eine Zurückdrängung öffentlicher oder irgendwelcher demokratischer Kontrollen, weil das CHE Hochschulpolitik betreibt und dabei werden öffentliche Funktionen auf privates Kapital übertragen.

Das CHE fordert Studiengebühren und eine neu strukturierte Hochschulorganisation, die sich im Wesentlichen an die eines Unternehmens anlehnt. In der Selbstdarstellung lautet das wie folgt: „Unsere Aktivitäten zielen vielmehr auf die konkrete Umsetzung und Erprobung neuer Organisations- und Steuerungsmodelle in der Hochschulwirklichkeit“. Mit den Steuerungsmodellen sind unverhohlenen Studiengebüh-

ren gemeint, deren Einführung zur Folge hätte, dass öffentliche Bildungseinrichtungen gar keine Alternative mehr zu privaten Hochschulen sein können. Der demokratisch gewährleistete

Zugang aller zur Bildung wird durch ein eingeschränktes Zulassungsverfahren ersetzt - die Chancengleichheit wird durch Studiengebühren aufgehoben. Des Weiteren wird das Ziel verfolgt, WirtschaftsvertreterInnen Entscheidungsbefugnisse in universitären Gremien einzuräumen. Für ein marktwirtschaftlich orientiertes Unternehmen wie Bertelsmann ist das CHE

wohl eher eine Investition in die eigene Zukunft, als großzügige „Wohltätigkeit“ für alle.

(aus Pressemitteilung vom 12.12., 15 Uhr, Aktionsrat der HU Berlin)

Infopool-HU. Stand 12.12., 20 Uhr

Die BesetzerInnen nutzten die bisherige Zeit, um ihr Seminar zu den Verstrickungen des Konzerns durchzuführen. denn, so erklären die Studierenden in ihrer Presseerklärung, wollen sie Raum für Veranstaltungen von Bertelsmann haben. weiter heisst es: „Wir führen heute hier dieses Seminar durch, um die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass der von uns abgelehnte Privatisierungsprozess von Bildungseinrichtungen durch nicht demokratisch legitimierte Organisationen (wie dem che) maßgeblich vom Konzern Bertelsmann vorangetrieben wird. Es ist nicht hinzunehmen, dass aufgrund leerer Kassen durch eine verfehlte Steuer- und Finanzpolitik der Landes- und Bundesregierung aller Parteien, die staatliche Pflicht, eine freie, kritische und der Gesellschaft verpflichtete Bildung zu gewährleisten, vernachlässigt wird- und nicht mehr ausgeübt werden kann.“

Momentan legen die 18 Besetzer eine kreative Pause ein. die mitgebrachten Texte wurden durchgearbeitet und eine weitere Presseerklärung erstellt. ein redefreudiger, mit

Proteste, Streiks und Besetzungen

einem Megafon bewaffneter Mensch, steht auf dem Balkon und erklärt den unten vorbeilaufenden Touristen und Berlinern, warum Bertelsmann denn so ein „Scheiß-Konzern“ ist. Die Polizei ist übrigens komplett abgerückt, die Masse vor dem Gebäude allerdings auch.

Infopool-HU 12.12.03 23:25 h:

Die Räumung wurde vor ca. 15 min beendet - die UnterstützerInnen (ca. 100) wurden geräumt (Sitzblockade vor dem Eingang) - alle BesetzerInnen wurden aus dem Gebäude getragen, die Transparente abgehängt - bis auf Personalienfeststellungen sind noch keine repressiven Maßnahmen bekannt - an den Fahnenmasten vor dem Gebäude hängt noch Protestmaterial - die Stunde wurde von Bertelsmann und Polizei relativ gut genutzt, dennoch war nach verschiedenen Informationen zufolge Presse zugegen... wohin gehts als nächstes?! Alles für alle! Alle für Alle! Und `nen Platz für Bambule! Für den Aufstand!

Leseempfehlung:

Die Studierenden handeln politisch und solidarisch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. von Harald Pittel

<http://www.jungle-world.com/seiten/2003/50/2194.php>

Streikhochschulen:

Uni Magdeburg, Uni Leipzig, TU + LMU München, HWP Hamburg: www.astahwp.de, TU Berlin, UdK Berlin, HU Berlin: www.refrat.de, www.allefueralle.tk, FU Berlin, HBK Braunschweig, TU Braunschweig, Uni Hannover, ASFH Berlin, FhTW Berlin, KH Berlin-Weissensee, Uni Bremen, FH Darmstadt, TU Darmstadt, FH Frankfurt, FH Fulda, Uni Giessen, Uni Göttingen, Uni + FH Halle, Uni Kassel, HfG Offenbach, FH Oldenburg, Uni Passau, FH Regensburg, Uni Regensburg, BU Weimar, FH Wiesbaden, FH Wilhelmshaven, ...

Aktion gegen Studiengebühren!
<http://www.petition.foruni.de>